

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Dr. Alexander S. Neu, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/2518 –

Militärische Angriffe von den USA und der Türkei auf Syrien als völkerrechtswidrig verurteilen

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion verstoßen der Einmarsch der türkischen Armee im Norden Syriens im Januar 2018 sowie der Militärschlag der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen Syrien vom 14. April 2018 gegen das Völkerrecht. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, in beiden Fällen einen Bruch des Völkerrechts durch die Türkei bzw. durch die USA, Großbritannien und Frankreich festzustellen und zu verurteilen sowie den NATO-Militärausschuss und den Nordatlantikrat zu formellen Sitzungen einzuberufen und dort einen Antrag auf Verurteilung der Verstöße gegen das Völkerrecht einzubringen. Die Bundesregierung soll ferner die „Tornado“-Kampfflugzeuge der Bundeswehr aus dem Einsatz im Rahmen der Anti-IS-Koalition zurückziehen, die Teilnahme an der Koalition beenden sowie die Bundeswehr aus der Türkei wie auch von den AWACS-Flügen der NATO abziehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/2518 abzulehnen.

Berlin, den 26. September 2018

Auswärtiger Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Thorsten Frei
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Thorsten Frei, Dr. Nils Schmid, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/2518** in seiner 36. Sitzung am 7. Juni 2018 beraten und an den Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion verstoßen der Einmarsch der türkischen Armee im Norden Syriens im Januar 2018 sowie der Militärschlag der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen Syrien vom 14. April 2018 gegen das Völkerrecht. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, in beiden Fällen einen Bruch des Völkerrechts durch die Türkei bzw. durch die USA, Großbritannien und Frankreich festzustellen und zu verurteilen sowie den NATO-Militärausschuss und den Nordatlantikrat zu formellen Sitzungen einzuberufen und dort einen Antrag auf Verurteilung der Verstöße gegen das Völkerrecht einzubringen. Die Bundesregierung soll ferner die "Tornado"-Kampfflugzeuge der Bundeswehr aus dem Einsatz im Rahmen der Anti-IS-Koalition zurückziehen, die Teilnahme an der Koalition beenden sowie die Bundeswehr aus der Türkei wie auch von den AWACS-Flügen der NATO abziehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage 19/2518 in seiner 20. Sitzung am 26. September 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage 19/2518 in seiner 16. Sitzung am 26. September 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 16. Sitzung am 26. September 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD Ablehnung.

Berlin, den 26. September 2018

Thorsten Frei
Berichtersteller

Dr. Nils Schmid
Berichtersteller

Armin-Paulus Hampel
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Stefan Liebich
Berichtersteller

Omid Nouripour
Berichtersteller

